

# Was zu viel ist, ist zu viel!

## Wir fordern einen Stopp des Windkraftausbaus in Mecklenburg-Vorpommern

### **OFFENER BRIEF Nr. 4 an Landesparlament, Kreistage, Landesregierung, Landräte, Parteien, Presse ..... und vor allem an die interessierte Öffentlichkeit im August/September 2021: Wer die Wahl hat, hat die Qual!**

Eigentlich hat es auch viele Vorteile, wenn man etwas älter ist. Einer davon ist, dass man im Gegensatz zu vielen Jüngeren weiß, wie das damals war, als das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt wurde. Um „das Klima zu retten“ sollten neue und CO<sub>2</sub>-freie Formen der Gewinnung von elektrischer Energie entwickelt werden und die Finanzierung sollten diejenigen bezahlen, die diese Energie nutzen. Das klang logisch und auch einigermaßen gerecht: wer mehr verbraucht soll auch mehr bezahlen. Man kann sich aber auch daran erinnern, wie ganz schnell ein Großverbraucher nach dem anderen von seinem Beitrag „befreit“ wurde mit dem Argument, dass er sonst „auf dem Markt“ nicht bestehen könnte. Übrig blieben die Verbraucher kleinerer Mengen, die dann die Differenz zu begleichen hatten.

Nach einer ersten aber bald abklingenden Blüte der Solaranlagen kamen die Windräder ins Geschäft. Die anfangs noch kleinen und leistungsschwachen Windräder wurden sehr bald von immer größeren und leistungsstärkeren abgelöst. Heute entspricht die übliche Höhe derjenigen von Fernsehtürmen und die von den Flügeln überstrichene Fläche gleicht der mehrerer senkrecht gestellter internationaler Fußballfelder. Die Abstände zu Wohnbereichen berücksichtigen diese Entwicklung praktisch nicht.

Längst ist aus den Anfängen eine mächtige Industrie mit einer schlagkräftigen Lobby entstanden, die Politiker in Bund und Ländern vor sich hertreibt und willfähigen Journalisten die Feder führt.

Die mit dem EEG verbundene Privilegierung der Windindustrie betrifft nicht nur das Baurecht sondern garantiert auch die bevorzugte Einspeisung des erzeugten Stromes zulasten aller anderen Marktteilnehmer, die dann im Bedarfsfall abschalten müssen. Auf diese Weise kommt es dann immer wieder zu spektakulären Meldungen über die Menge des durch Windkraft erzeugten Stromes. In keiner dieser Meldungen wird aber berichtet, dass nach dem Abflauen des Windes die zuvor abgeschalteten konventionellen Kraftwerke schleunigst wieder ans Netz müssen.

Da die Betreiber von Windenergieanlagen auch dann Geld erhalten wenn sie ihrerseits abgeschaltet werden weil die konventionellen Kraftwerke aus technischen Gründen nicht so schnell auf ein Überangebot reagieren können, kann man sich eigentlich kaum ein noch besseres Geschäftsmodell vorstellen. Es gibt keine vergleichbare Begünstigung im deutschen Wirtschaftsleben und das erklärt die inzwischen unstillbare Gier der Windindustrie nach immer mehr.

30000 Windenergieanlagen stehen bereits in Deutschland. Ihr Beitrag zu einer **sicheren, also spannungs- und frequenzkonstanten** Versorgung mit Energie spielt sich im einstelligen Prozentbereich ab - jedes normale Kraftwerk würde sofort abgeschaltet werden.

Der von interessierter Seite daraus gern gezogene Schluss, man müsse nur mehr Anlagen in die Landschaft stellen macht die Sache nicht besser. Mehr vom Falschen ist nie eine Lösung.

Die Folgen einer solchen Politik tragen nicht nur die Bewohner der betroffenen Regionen. Der klassische Naturschutz ist unmittelbar betroffen. In Deutschland ist er inzwischen ein Auslaufmodell. Er wurde durch die „Klimarettung“ an den Rand gedrängt. Die daraus resultierenden Verwaltungsvorschriften und „Arbeitshinweise“ sind eindeutig gegen den Schutz der Natur und des **individuellen** außermenschlichen Lebens gerichtet. Verfechter der Windkraftindustrie greifen unverhohlenen Natur-, Landschafts- und Artenschutz als Verhinderer der „Energiewende“ an. Dabei wird systematisch ausgeblendet, dass Energie mehr ist als elektrischer Strom.

Nun ist es ja nicht so, dass die uns Regierenden nicht wenigstens um die technische Problematik der Windenergie wüssten. Nicht umsonst hören wir ständig von Stromspeichern verschiedenster Art, die dafür sorgen sollen, dass der unzuverlässige Wind und die nachts nicht scheinende Sonne gebändigt werden. So ganz scheint man den eigenen Erzählungen aber selbst nicht zu trauen. Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern hat wohl deshalb erst kürzlich die Notwendigkeit der Versorgung mit russischem, kohlenstoffhaltigem Erdgas via Pipeline Nordstream 2 bekräftigt und als „Übergangslösung“ bezeichnet. Eine Woche später hat die SPD-Landtagsfraktion assistiert und den Zeitraum dieses Übergangs auf „mindestens zwanzig Jahre“ beziffert. Wir können uns gut daran erinnern, dass ähnliche Versprechungen bereits zehn Jahre vor der Etablierung des EEG im Schwange waren.

Man kann sich auch erinnern, welche politischen Parteien bisher an diesem Geschehen aktiv beteiligt waren: das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben SPD und Grüne auf den Weg gebracht und die weitere Entwicklung wurde von CDU/CSU und SPD angetrieben.

Neuerdings überbieten Grüne alle bisher von anderen Parteien gemachten „Versprechungen“ - die man auch als Drohungen auffassen kann - im Zusammenhang mit dem Stichwort „Klimaschutz“.

Wer seine Wahlentscheidung im September nur am oben geschilderten Sachverhalt ausrichtet, hat es nicht leicht - denn wen kann man dann überhaupt noch wählen?

Diese Ratlosigkeit sollte nicht dazu führen, gar nicht zu wählen: Eine solche Haltung hilft nur dem späteren Gewinner. Es wird beim Vorliegen der Wahlergebnisse Sonntagsreden mit dem Bedauern über die geringe Wahlbeteiligung geben und das war es dann. Für die Parteien – das sind letztlich diejenigen, die in den nächsten Jahren für uns wichtige Entscheidungen treffen! – ist nur der Prozentsatz entscheidend, den sie an den gültig abgegebenen Stimmen erreichen. Darauf haben die fehlenden Stimmen gar keinen Einfluss.

Nicht wählen ist also keine sinnvolle Alternative. Wenn Sie die oben beschriebene Entwicklung nicht für richtig halten, können Sie sich für andere Parteien als die oben genannten entscheiden. Zur Bundestagswahl haben sich etwa 50 Parteien angemeldet, zur Landtagswahl sind es auch viele. **SIE** können eine davon aussuchen, der sie vertrauen oder eine Chance geben wollen und da es sich dann wahrscheinlich um eine kleine Partei handelt, können Sie sicher sein, dass diese keinen Schaden anrichten wird - vielleicht schafft sie es aber auch mit Ihrer Stimme ins Parlament und kann dort Ihre Interessen vertreten. Solch ein Vorgehen wäre der Demokratie sicherlich zuträglich.

**im Namen der Bürgerinitiative WEITBLICK Sehlsdorf/Granzin mit ihren Mitgliedern aus:**

- Sehlsdorf, Diestelow, Grambow, Neuhof (Ortsteile von Goldberg, Amt Goldberg-Mildenitz)
- Granzin, Bahlenrade (Gemeinde Granzin, Amt Eldenburg-Lübz)
- Herzberg, Grebbin (Gemeinde Obere Warnow, Amt Parchimer Umland)
- Werder, Benthen, Neu Benthen, Tannenhof (Gemeinde Werder, Amt Eldenburg-Lübz)
- Passow, Brüz (Gemeinde Passow, Amt Eldenburg-Lübz)
- Dobbertin (Gemeinde Dobbertin, Amt Goldberg-Mildenitz)
- Langenhagen (Gemeinde Techentin, Amt Goldberg-Mildenitz)
- Parchim

**und im Namen der über das Aktionsbündnis "Freier Horizont" vernetzten Bürgerinitiativen und vieler betroffener Einwohner und Sympathisanten aus der Region und aus ganz Mecklenburg-Vorpommern:**

- Kritzow, Benzin, Schlemmin bei Lübz (Gemeinde Kritzow, Amt Eldenburg-Lübz) und Bürgerinitiative Gegenwind Gemeinde Kritzow
- Karbow-Vietlütbe, Wahlstorf, Darß, Quasslin, Sandkrug, Quassliner Mühle (Gemeinde Gehlsbach, Amt Eldenburg-Lübz)
- Kreien, Wilsen (Gemeinde Kreien, Amt Eldenburg-Lübz)
- Ganzlin, Gnevsdorf, Klein Dammerow (Gemeinde Ganzlin, Amt Eldenburg-Lübz) und Bürgerinitiative Natur Pro Gehlsbachtal
- Edgar Schippan (Naturschutzwart des Landkreises Ludwigslust-Parchim und Vorstandsmitglied des NABU-Regionalverbandes Parchim)
- Bürgerinitiative "Freie Friedländer Wiese" Wilhelmsburg



# Freie Friedländer Wiese

